

Hanselmann fordert Spitalregion Ost

Die kantonsübergreifende Vergabe von Spitalisten in der Ostschweiz ist exemplarisch: Es wäre erst die zweite in der Schweiz.

Christoph Zweili

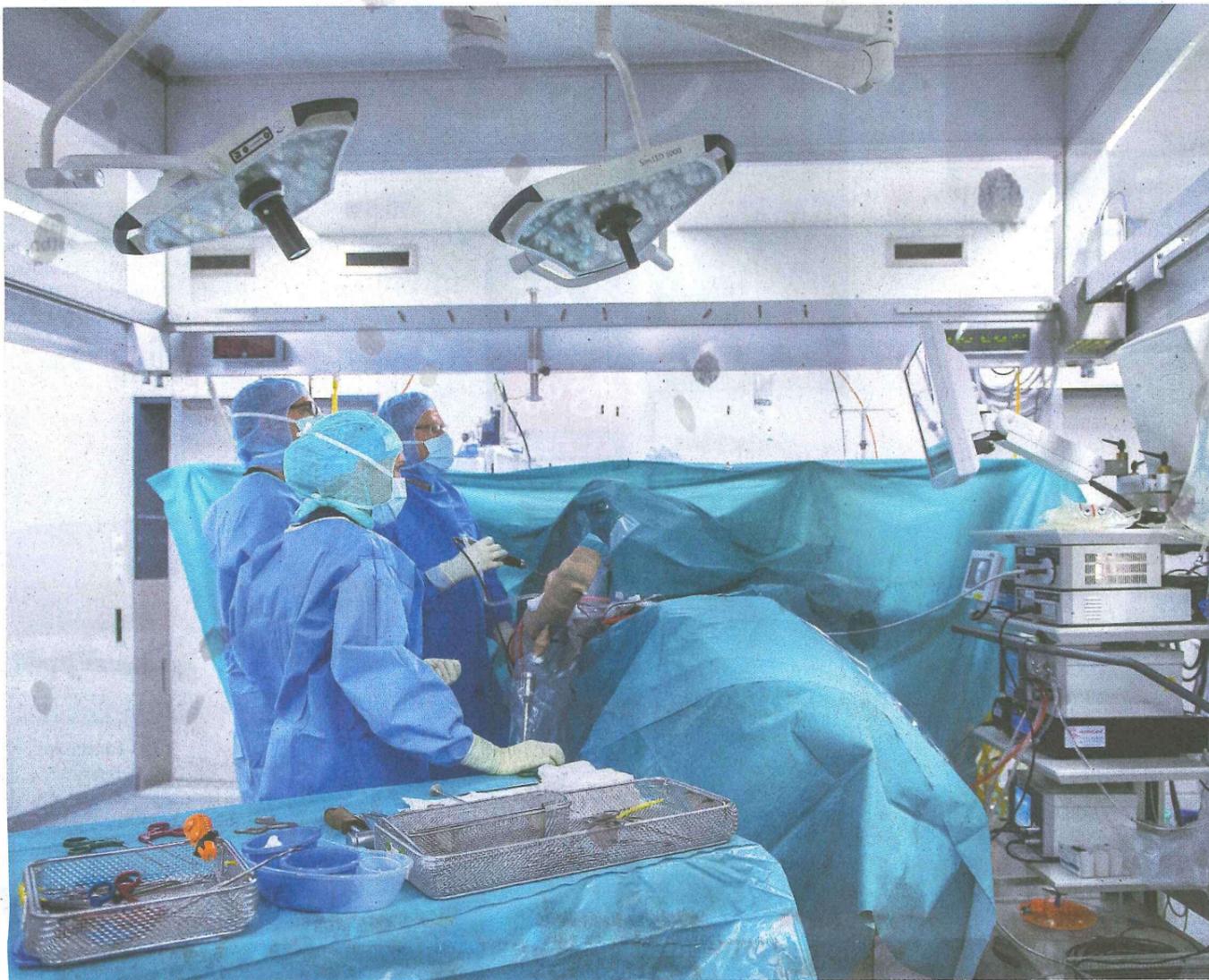
Plötzlich scheint es doch möglich, in der Gesundheitsversorgung partnerschaftlich über Kantons Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Ein Schritt, der bisher trotz jahrelanger Gespräche hinter den Kulissen nicht gelungen ist: Heidi Hanselmann, Yves Noël Balmer und Antonia Fässler, die Gesundheitsdirektoren der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, wollen bei den Spitalisten zusammenarbeiten. Hanselmann, die scheidende St. Galler Gesundheitschefin, überraschte gestern Abend mit der Ankündigung in der TVO-Sendung «Zur Sache». «Das ist eine politisch-strategische Absicht und kein politischer Entscheid», sagt Hanselmann.

Die St. Galler Regierungspräsidentin verweist auf das Beispiel der Kantone Basel-Stadt und Baselland, wo das Volk einem Staatsvertrag für eine gemeinsame kantonsübergreifende Gesundheitsversorgung und damit einer gemeinsamen Spitalliste ab 2021 zugestimmt hat. «Das kann auch in der Ostschweiz möglich sein», sagt Hanselmann. Innerhalb des Kantons St. Gallen sei das Modell bereits umgesetzt worden, nun könne es auch in der ganzen Ostschweiz Schule machen.

Angedacht ist ein gemeinsames Vorgehen, was die Spitalisten angeht: «Mit konkreten Leistungsaufträgen hat das jetzt noch nichts zu tun. Ebenso wenig mit Verwaltungsratsgremien oder Spitalern.» Mit diesem Schritt werde etwas zur gemeinsamen Qualitätssicherung gemacht.

Innerrhoden steht vor einem Dilemma

Der Innerrhoder Landammann Roland Dähler trägt die Initiative mit, sieht sich aber vor dem Dilemma, dass in Appenzell, wo man sich als kleinerer Kanton bisher stets in die Defensive ge-



Operationssaal im Kantonsspital St. Gallen.

Bild: Jil Lohse

drängt gefühlt habe, per Volkswille der Bau eines ambulanten Versorgungszentrums geplant ist. Für die Innerrhoder Gesundheitsdirektorin Antonia Fässler



Heidi Hanselmann, Gesundheitschefin im Kanton St. Gallen.

Bild: Urs Bucher

stellt sich die Frage, welche Kriterien die Leistungserbringer künftig erbringen müssten. Diese Voraussetzungen seien bei einer interkantonalen Zusammenarbeit noch offen.

«Es ist wichtig, dass man die politisch oft geforderte regionale Spitalplanung einmal vertieft prüft», so Fässler. Das Gesundheitsdepartement wäge nun Vorteile und Nachteile gegeneinander ab: «Ich bin selber gespannt, was da herauskommt.»

Überrascht von der Idee zeigte sich in der TV-Sendung der Thurgauer Regierungs-Vizepräsident Walter Schönholzer:

«Wir wurden nicht angefragt, würden aber vor allem eine Zusammenarbeit im Raum Wil-Fürstenland schätzen.» Strukturell habe der Thurgau, der geografisch eine andere Ausgangslage habe, seine Hausaufgaben gemacht: Die Spital Thurgau AG betreibe seine beiden Akutspitäler unter dem gleichen Organisationsdach.

Die St. Galler Regierungspräsidentin signalisierte in einer ersten Reaktion Offenheit für eine mögliche Einbindung des Kantons Thurgau in eine regionale Spitalplanung. Sie liess aber ebenso durchblicken, dass man

mit dieser Forderung jahrelang nicht gehört worden sei. Für den Ausserrhoder Gesundheitsdirektor Yves Noël Balmer hat sich die Spitallandschaft und damit das Bewusstsein in der Bevölkerung grundlegend geändert: «Die freie Spitalwahl funktioniert. Hauptsache, die Qualität der Behandlung stimmt.» Man wolle Kosten sparen in Ausserrhoden.

Derzeit würde eine in allen drei Kantonen mehrheitsfähige Absichtserklärung erarbeitet. In der TVO-Sendung wurde deren Unterzeichnung für das erste Quartal 2020 angekündigt.

Kommentar

Ein überfälliger Schritt

Endlich raufen sie sich zusammen: St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden wollen künftig medizinische Leistungen koordiniert anbieten. Ein Meilenstein im real gelebten Ostschweizer Föderalismus, wo in der Regel jeder macht, was er will. Seit Jahren plädieren Experten für eine Zusammenarbeit über Kantons Grenzen hinweg. Passiert ist wenig bis nichts. Zu gross waren die lokalpolitisch motivierten Widerstände. Zu klein war offensichtlich der Leidensdruck.

Doch die Zeiten ändern sich. Einerseits steigen die Gesundheitskosten ungebremst an. Die Einsicht wächst, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Andererseits haben personelle Wechsel in Appenzell und Herisau sicher dazu beigetragen, Berührungspunkte gegenüber dem grossen Bruder St. Gallen abzubauen.

Es liegt nun an den drei Kantonen, rasch voranzugehen und konkrete Vorschläge zu liefern. Wenn immer möglich sollten bald weitere Kantone in die koordinierte Planung einbezogen werden. Die Achse St. Gallen-Herisau-Appenzell kann nur ein Anfang sein. Vaduz, Frauenfeld und Chur müssen folgen.



Stefan Schmid
stefan.schmid@tagblatt.ch

Ueli Maurer in der Mangel

Im Nationalrat wehrt sich Bundespräsident Maurer gegen den Vorwurf, der Staat habe die Kriminalität in Grenzregionen nicht im Griff.

Taten statt Worte: Das verlangten am Mittwoch im Nationalrat diverse SVP-Parlamentarier, vor allem aus der Westschweiz und dem Tessin. Die Grenzregionen hätten ein Sicherheitsproblem. Anlass für die dringliche Debatte waren unter anderem Überfälle auf Geldtransporte und Privatpersonen in Grenznähe. Die SVP ortete das Schengen-Abkommen als Grundproblem und stellte die Wiedereinführung

bei den Kantonspolizeien besser investiert wäre.

«Wir erwischen täglich 67 gesuchte Personen»

Bundespräsident Ueli Maurer (SVP), der als Finanzminister auch für Zoll und Grenzschutz zuständig ist, wehrte sich gegen die Vorwürfe seiner eigenen Partei. Die Kriminalität nehme insgesamt seit Jahren ab. «Grenzschutz und Polizei leisten einen

Krimineller in letzter Zeit gestiegen, räumt Maurer ein. «Diese Zunahme ist gefährlich.» Gegenmassnahmen seien bereits auf dem Weg. Die Überwachung soll intensiviert werden.

Ausserdem erhält die Grenzschutz mehr Ressourcen, weil der ganze Zollbereich neu organisiert und diverse Mitarbeiter

umgeschult werden. Systematische Kontrollen als Mittel gegen Kriminalität seien aber eine Illusion, so Maurer. «2,1 Millionen Leute überqueren täglich unsere Grenze.» Es sei unmöglich, sie alle zu kontrollieren.

In der Debatte meldeten sich auch einzelne Ostschweizer zu Wort. Manuel Strupler (SVP/TG) sagte, in der Ostschweiz sei der Handel mit Drogen, die aus dem Kosovo in die Schweiz ge-

Land sei aber nur eine von vielen Stationen für Drogenhandel und internationale Kriminalität.

Auch die Zollreform wurde im Rat kritisch beleuchtet. Ueli Maurers Feststellung, das Personal begrüsse die Umschulungen grösstenteils, stiess auf Widerspruch. «Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind skeptisch», sagte Barbara Gysi (SP/SG), Präsidentin des Personalverbandes des Bundes. Sie

